

EUROPÄISCHE UNION



Ausschuss der Regionen

subsidiarity
NETWORK



Subsidiaritäts- bericht

2012

EUROPÄISCHE UNION



Ausschuss der Regionen

SUBSIDIARITÄTSBERICHT 2012

Subsidiaritätsbericht 2012

1. Einleitung

Als Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise wurden wichtige Maßnahmen ergriffen, um die wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung auf EU-Ebene zu stärken. Gleichzeitig besteht erhöhter Druck in Richtung auf eine bessere Koordinierung der Finanz-, Wirtschafts- und sogar Sozialpolitik zwischen den Mitgliedstaaten. Zwar ist eine solche engere Koordinierung dringend erforderlich, doch ist es auch entscheidend, eine klare Trennung der Zuständigkeiten in einem System der Multi-Level-Governance aufrechtzuerhalten. Dies bedeutet, dass Entscheidungen auf der am besten geeigneten Ebene und so bürgernah wie möglich getroffen werden. Die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips wird also immer wichtiger, damit ein Europa der mehreren Ebenen in Krisenzeiten handlungsfähig ist.

Deshalb hat der Ausschuss der Regionen 2012 seine Position als Referenzpunkt für Subsidiaritätsfragen in der Europäischen Union gestärkt. Im dritten Jahr nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und seiner neuen Bestimmungen bezüglich des Subsidiaritätsprinzips hat der AdR seine Strategie entwickelt und verfeinert und seine Überwachungsinstrumente geschärft. Im vorliegenden dritten jährlichen Subsidiaritätsbericht des AdR werden diese neuen Entwicklungen dargestellt und zusammengefasst.

Das Recht auf Klage vor dem Gerichtshof der Europäischen Union wegen Verstoßes eines europäischen Gesetzgebungsakts gegen das Subsidiaritätsprinzip ist die deutlichste Verbesserung im Hinblick auf die institutionelle Rolle des AdR in Subsidiaritätsfragen¹. Allerdings werden die Befugnisse des AdR auch durch eine Reihe anderer Bestimmungen des Vertrags von Lissabon gestärkt. Der Artikel des Vertrags, der sich auf das Subsidiaritätsprinzip bezieht, verweist ausdrücklich auf die lokale und regionale Dimension² und unterstreicht damit, dass die Zuständigkeiten der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der EU respektiert werden müssen. An der Möglichkeit der regionalen Parlamente, im Rahmen des Frühwarnsystems in Subsidiaritätsfragen von ihrem jeweiligen nationalen Parlament konsultiert zu werden³, ist der AdR zwar formal nicht beteiligt, jedoch legt seine institutionelle Position nahe, dass er die regionalen Parlamente unterstützt. Es gehört zur natürlichen Aufgabe einer Versammlung, die die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im institutionellen Gefüge der EU vertritt, dafür zu sorgen, dass Beschlüsse auf der angemessenen Ebene (europäisch, zentral, regional, lokal) und so bürgernah wie möglich getroffen werden.

¹ Siehe Artikel 8 des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit, nachfolgend Protokoll Nr. 2.

² Artikel 5 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union: "Nach dem Subsidiaritätsprinzip wird die Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind."

³ Siehe Artikel 6 des Protokolls Nr. 2.

Der Ansatz des AdR betrifft deshalb nicht nur die gerichtliche Überprüfung, sondern auch die legislative Phase. Jede mögliche Anrufung des Gerichtshofes ist als letzte Lösung und abschließender Schritt eines Prozesses zu sehen, der das gesamte Beschlussfassungsverfahren umfasst. Die Anrufung des Gerichtshofes wäre letztlich das Eingeständnis, dass der Rechtsetzungsprozess gescheitert ist. Der AdR ist stattdessen bestrebt, die Zusammenarbeit mit den anderen EU-Institutionen zu stärken, um zur bestmöglichen Lösung zu gelangen. Seiner Auffassung nach gehört es zu seinen Aufgaben, die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips so früh wie möglich zu überwachen, nicht nur durch regelmäßige Beratungstätigkeiten, sondern im gesamten Politikgestaltungszyklus, d.h. bereits zu Beginn der Konzipierung politischer und legislativer Maßnahmen sowie in den Umsetzungs- und Evaluierungsphasen, nachdem die Maßnahmen umgesetzt wurden.

Der vorliegende dritte jährliche Subsidiaritätsbericht des AdR spiegelt diesen umfassenden und kooperativen Ansatz wider. Behandelt werden die Maßnahmen zur Subsidiaritätskontrolle, die der AdR zwischen den 1. Januar und dem 31. Dezember 2012 ergriffen hat. Zunächst werden wichtige Elemente der überarbeiteten Strategie vorgestellt (Teil 2), dann die zur Umsetzung ergriffenen Maßnahmen im Jahr 2012 (Teil 3). Danach werden die Auswirkungen bewertet, indem der Inhalt der AdR-Stellungnahmen mit Blick auf den Aspekt Subsidiarität bewertet wird (Teil 4), obwohl es nicht einfach ist, effektive Schlussfolgerungen aus einem Übergangsjahr zu ziehen, da die neue Strategie und die Instrumente erst ab der zweiten Jahreshälfte 2012 angewandt wurden.

2. Verabschiedung der überarbeiteten Strategie für die Subsidiaritätskontrolle

Im Mai 2012 verabschiedete das Präsidium des AdR eine neue Strategie⁴ zur Kontrolle der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. Das oberste Ziel dieser Strategie besteht darin, dass der AdR innerhalb der EU zu einem Bezugspunkt für die Subsidiarität wird und in der Lage ist, vor allem in seinen Stellungnahmen fundierte Subsidiaritätsanalysen vorzulegen und damit seinen Beitrag zur Subsidiaritätsdebatte zu leisten.

Dieser neue Ansatz hat insbesondere folgende Ziele:

- Stärkung der Steuerungsstruktur der Subsidiaritätskontrolle durch den AdR
- Festlegung eines umfassenden Konzepts für die Subsidiaritätskontrolle während des gesamten EU-Entscheidungsprozesses
- Beteiligung der zuständigen Institutionen an diesen Maßnahmen
- Konsolidierung der Fähigkeit des AdR, gegebenenfalls Klage beim Gerichtshof zu erheben.

2.1 Politische Steuerung: der Lenkungsausschuss Subsidiarität

Der Lenkungsausschuss Subsidiarität, die erste Säule der neuen Strategie ist für die politische Steuerung des Subsidiaritätskontrolle des AdR zuständig. Er gewährleistet eine angemessene Koordinierung und politische Flankierung der Maßnahmen zur Subsidiaritätskontrolle im Verlaufe des gesam-

⁴ Subsidiaritätskontrolle: Eine überarbeitete Strategie für den Ausschuss der Regionen R/CdR 606/2012.

ten Jahres. Er ist insbesondere dafür zuständig, die jährlichen Subsidiaritätsprioritäten zu bestimmen und Vorschläge zum Einsatz der am besten geeigneten Instrumente und Verfahren des Netzes für Subsidiaritätskontrolle⁵ zu unterbreiten, um die Arbeit der AdR-Berichterstatter im Rechtsetzungsprozess zu unterstützen.

2.2 Konzept: ein umfassendes System der Subsidiaritätskontrolle während des gesamten EU-Entscheidungsprozesses

In der überarbeiteten Strategie wird deutlich, dass die Subsidiaritätskontrolle des AdR bereits vor dem eigentlichen Rechtsetzungsverfahren beginnt. Ausgehend von einer gründlichen Analyse des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission und ihrer Zeitpläne für die Legislativverfahren bestimmt die Expertengruppe des Netzes für Subsidiaritätskontrolle (Amtsträger aus dem Netz für Subsidiaritätskontrolle, die aufgrund ihrer Fachkenntnisse in Subsidiaritätsfragen sowie eines guten Hintergrundwissens in EU-Recht ausgewählt wurden) eine Reihe von EU-Initiativen, die aus dem Blickwinkel der Subsidiarität von Bedeutung sind. Der Lenkungsausschuss Subsidiarität erarbeitet dann mit Blick auf diese Liste seinen Vorschlag für das Arbeitsprogramm des AdR im Bereich Subsidiarität und legt es dem AdR-Präsidium zur Annahme vor.

Auf der Grundlage des Arbeitsprogramms entwickelt die AdR-Verwaltung ein internes System der Frühmarkierung, um die angemessene Kontrolle jener Legislativvorschläge und nichtlegislativen Initiativen der EU zu gewährleisten, die ein Tätigwerden des AdR in Sachen Subsidiarität erfordern könnten. Sobald solche Fälle ermittelt sind, wird ein Verfahren im AdR eingeleitet, an dem alle relevanten politischen und administrativen Interessenträger beteiligt sind und das zur Ermittlung und Planung von Subsidiaritätskontrollmaßnahmen führt, die im gesamten Jahresverlauf sowohl vor als auch nach der Annahme der Kommissionsvorschläge durchzuführen sind.

Was den Inhalt betrifft, so beschränkt sich der AdR streng auf die in den Verträgen verankerten Bedingungen⁶, um ein gemeinsames Verständnis der Grundsätze und eine einheitliche Bewertung der EU-Vorschläge zu ermöglichen. Die EU darf demnach in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig werden, wenn dies für notwendig erachtet wird und eindeutig einen zusätzlichen Nutzen mit sich bringt. Da jedoch das geltende Protokoll Nr. 2 keine materiellen Kriterien enthält, nach denen bewertet werden kann, ob ein Verstoß gegen den Subsidiaritätsgrundsatz vorliegt, greift der AdR nach wie vor auf seine Bewertungstabelle zur Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit⁷ zurück, die sich auf Kriterien des früheren Protokolls über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit (Protokoll Nr. 3 des Vertrags von Amsterdam) bezieht.

⁵ Konsultationen hinsichtlich Folgenabschätzungen, gezielte und offene Konsultationen, Nutzung des Aktionsplans und Einsatz von REGPEX, siehe Punkt 2.3.

⁶ Siehe Artikel 5 Absatz 3 EUV.

⁷ Einzusehen unter www.cor.europa.eu/subsidiarity, unter "Subsidiarity Toolkit". Die Tabelle wurde 2007 von der AdR-Verwaltung entwickelt und wird seither verfeinert. Sie wird unter anderem von den Generaldirektionen der Europäischen Kommission anerkannt und von mehreren institutionellen Partnern genutzt (siehe beispielsweise die Leitlinien der Europäischen Kommission für Folgenabschätzungen, SEK(2009) 92 und den Bericht 2009 der Kommission über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit (16. Bericht über "Bessere Rechtsetzung" 2008), KOM(2009) 504 endg.).

Diese Tabelle ist nicht auf die Subsidiarität⁸ beschränkt, sondern betont auch die Notwendigkeit, zu Beginn einer Subsidiaritätsanalyse die Art der Zuständigkeit und die Rechtsgrundlage von EU-Maßnahmen zu definieren. Darüber hinaus hebt sie die Verbindung zum Prinzip der Verhältnismäßigkeit⁹ sowie die Bedeutung der Einbeziehung von Gesichtspunkten der "besseren Rechtsetzung" bei der Bewertung von EU-Initiativen hervor.

2.3 Instrumente zur Umsetzung: das Netz für Subsidiaritätskontrolle und seine Experten- gruppe

Das Netz für Subsidiaritätskontrolle wurde 2007 eingerichtet und hat sich zu einem funktionsfähigen Instrument entwickelt, das Ende 2012 141 Partner umfasste¹⁰. Die Zahl der Mitglieder und damit auch die Repräsentativität haben 2012 erneut zugenommen, vor allem mit Blick auf die regionalen Parlamente (beigetreten sind der Landtag von Sachsen-Anhalt, die Hamburgische Bürgerschaft, die spanische Regionalversammlung der Kanarischen Inseln sowie die Konferenz der Präsidenten der italienischen Regionalparlamente). Auch die Beteiligung der niederländischen Kommunen ist durch den Beitritt ihres Verbands (VNG) gestärkt worden. Das Netz für Subsidiaritätskontrolle umfasst nun lokale und regionale Gebietskörperschaften und ihre Verbände aus der gesamten EU mit Ausnahme von Estland. Es unterstützt den AdR bei der gesamten Subsidiaritätskontrolle insofern, als den Berichterstattern und Mitgliedern des AdR hochwertige subsidiaritätsrelevante Beiträge zur Verfügung gestellt werden, damit solide Subsidiaritätsanalysen in die AdR-Stellungnahmen aufgenommen werden können.

Zwar wird zweimal jährlich der Newsletter des Netzes für Subsidiaritätskontrolle veröffentlicht und die Partner haben mehrfach im Verlauf des Jahres Gelegenheit, sich zu treffen, doch funktioniert das Netz vor allem über seine Webseite, auf der ein eigener Bereich für Regionen mit legislativen Befugnissen zu finden ist, insbesondere im Rahmen des Frühwarnsystems REGPEX. Konsultationen (offene, d.h. auf der Grundlage spontaner Beiträge der Partner, oder gezielte, d.h. auf Ersuchen eines Berichterstatters) der Partner des Netzes sind nach wie vor das wichtigste Arbeitswerkzeug bei der Vorbereitung eines Stellungnahmeentwurfs eines AdR-Berichterstatters. Konsultationen zu Folgenabschätzungen im Vorfeld des eigentlichen Gesetzgebungsverfahrens sind eine weitere Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, um die Auswirkungen bestimmter Kommissionsvorschläge auf die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu bewerten und zu verhindern, dass später Probleme in Bezug auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips entstehen. Ergänzt werden die Konsultationen durch den Aktionsplan, der die Einsetzung von Arbeitsgruppen aus fünf bis zehn Partnern und eine stärker qualitative Prüfung bestimmter Politikbereiche ermöglicht.

Die wichtigste Neuerung der überarbeiteten Strategie im Hinblick auf die Instrumente ist jedoch die Bildung einer Gruppe von lokalen und regionalen Subsidiaritätsexperten, die die Arbeit des Lenkungs Ausschusses Subsidiarität sowie die beratenden Tätigkeiten des AdR allgemein unterstützen. Die

⁸ Sie soll eine Antwort auf die Frage "Sollte die EU Maßnahmen ergreifen?" geben.

⁹ Sie soll eine Antwort auf die Frage "Wie sollte die EU handeln?" geben und ist auch bei ausschließlicher Zuständigkeit der Union anzuwenden.

¹⁰ Vollständige Liste der Partner zum 31. Dezember 2012 siehe Anhang 1.

Expertengruppe soll Beiträge zum jährlichen Arbeitsprogramm Subsidiarität liefern und kann von den AdR-Berichterstattem gegebenenfalls konsultiert werden.

3. Die Strategie in der Praxis: Kontrolle im Vorfeld, verstärkte Prioritätensetzung, engere Zusammenarbeit mit den regionalen Parlamenten und Regierungen

Die überarbeitete Strategie wurde im Mai verabschiedet und in den Folgemonaten des Jahres 2012 mit folgenden Schwerpunkten umgesetzt.

3.1 Einrichtung des Lenkungsausschusses Subsidiarität und der Expertengruppe des Netzes für Subsidiaritätskontrolle

Der Lenkungsausschuss Subsidiarität wurde im September 2012 geschaffen. Ihm gehört jeweils ein Mitglied jeder Fraktion an: Jean-François Istasse (BE/SPE), Mark Hendrickx (BE/AE), Graham Tople (UK/ALDE) und Michael Schneider (DE/EVP), der als Vorsitzender und Koordinator des Netzes für Subsidiaritätskontrolle fungiert. Der Lenkungsausschuss trat erstmalig am 30. November 2012 zusammen, hatte jedoch bereits im September mit der Benennung der 16 Mitglieder der Expertengruppe Subsidiarität seine Arbeit unverzüglich aufgenommen.

Die Expertengruppe Subsidiarität, der 16 lokale und regionale Subsidiaritätsfachleute angehören, kam am 25. Oktober 2012 zum ersten Mal zusammen. Ziel war es, aus den Initiativen des gerade veröffentlichten Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für 2013 jene auszuwählen, die unter dem Blickwinkel der Subsidiarität vorrangig überwacht werden sollten. Der Vorstellung des Arbeitsprogramms durch Beamte der Kommission folgte ein Meinungsaustausch, der es der Expertengruppe ermöglichte, eine Reihe von Initiativen zu bestimmen, die die folgenden drei Kriterien erfüllen mussten. Die Initiativen sollten (1) von deutlicher politischer Relevanz für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sein, (2) Zuständigkeiten der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften berühren und (3) potenziell von Bedeutung unter dem Blickwinkel der Subsidiarität sein.

3.2 Vorbereitung des Arbeitsprogramms Subsidiarität 2013 des AdR

Die Liste der Expertengruppe war eine wesentliche Grundlage für die Erstellung des Arbeitsprogramms Subsidiarität 2013 des AdR, das vom Präsidium am 30. Januar 2013 angenommen wurde, durch den Lenkungsausschuss Subsidiarität. Die Subsidiaritätskontrolle des AdR wird sich 2013 auf fünf ausgewählte Prioritäten konzentrieren¹¹. Es wird jedoch betont, dass Flexibilität vonnöten ist und dass die Prioritäten im Verlaufe des Jahres unter Berücksichtigung des institutionellen Zeitplans und des konkreten Inhalts der Vorschläge, der zum Zeitpunkt der Auswahl nicht gänzlich bekannt war, überprüft werden können.

¹¹ Vier Initiativen des Arbeitsprogramms der Kommission für 2013 (elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Beschaffungswesen, Ein "Blauer Gürtel" für einen einheitlichen Binnenmarkt für den Seeverkehr, Überprüfung der Abfallpolitik und der Abfallrechtsvorschriften, Umweltklima- und Energiebewertungsrahmen für eine sichere Gewinnung von nicht konventionellem Kohlenwasserstoff) sowie urbane Mobilität.

3.3 REGPEX – der Austausch zwischen Regionalparlamenten (REGional Parliamentary EXchange)

REGPEX ist ein Teilbereich des Netzes für Subsidiaritätskontrolle, das regionalen Parlamenten und Regierungen mit Legislativbefugnissen offensteht. Es wurde geschaffen, um diese Regionen dabei zu unterstützen, ihren Beitrag zur Subsidiaritätskontrolle der EU-Gesetzgebung zu leisten, besonders mit Blick auf das nach Lissabon eingerichtete Frühwarnsystem und ihre mögliche Konsultation durch die nationalen Parlamente. REGPEX wurde im Februar 2012 ins Leben gerufen und ist vergleichbar der Plattform für den interparlamentarischen Austausch in der EU IPEX¹², die sich an die einzelstaatlichen Parlamente richtet und mit der REGPEX verknüpft ist.

3.3.1 Wichtigste Funktionen

REGPEX umfasst eine Suchmaschine, mit deren Hilfe die Bewertung von EU-Initiativen durch die regionalen Parlamente und Regierungen ermittelt werden kann. Es bietet auch direkten Zugang zu einschlägigen Informationsquellen, die bei der Erstellung von Subsidiaritätsanalysen von Nutzen sein können, beispielsweise Folgenabschätzungen der Europäischen Kommission. Ferner dient es zur Auswahl von Prioritäten für die Subsidiaritätskontrolle. "Frühwarn-Dossiers" enthalten Hintergrundinformationen über ausgewählte Initiativen. Regionale Parlamente und Regierungen werden in diesem Rahmen in koordinierter Form eingeladen, ihre Positionen während der achtwöchigen Frühwarnphase auszutauschen und zu veröffentlichen. Ein solches Dossier wurde 2012 zu den Vorschlägen für Richtlinien über die Vergabe von Aufträgen und Konzessionen (COM(2011) 895, 896 and 897) angelegt. Im Rahmen dieser Dossiers wurden die Beiträge der regionalen Parlamente und Regierungen geprüft und in einem Bericht zusammengefasst, der dem AdR-Berichterstatter übermittelt wurde.

3.3.2 Von der Datenbank zum Netz

REGPEX ist auch eine Plattform für die Koordinierung der Regionen in der EU. Ende 2012 umfasste sie 39 Parlamente und 28 Regierungen aus 74 Regionen mit Legislativbefugnissen in der EU. Detaillierte Informationen zu den 74 Regionalparlamenten sowie Angaben zu Kontaktpersonen werden demnächst im Internet zur Verfügung gestellt. Diese Informationen werden in Form einer Landkarte der EU-Regionen präsentiert. In den kommenden Monaten soll ein Netz von REGPEX-Regionalkorrespondenten getestet werden.

Die Partner des Austauschs zwischen Regionalparlamenten (REGPEX) aus regionalen Parlamenten und Regierungen traten erstmalig am 12. Dezember 2012 zusammen, um in Anwesenheit von Vertretern der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments, der einzelstaatlichen Parlamente und IPEX das Funktionieren der Datenbank zu bewerten, Rückmeldungen der Nutzer auszuwerten und künftige Entwicklungen zu erörtern. Klare Botschaft dieses Treffens war: REGPEX ist mehr als eine Fachdatenbank. Die regionalen Parlamente und Regierungen wollen, dass ihre Stimme im Rechtsetzungsverfahren der EU gehört wird, und REGPEX wird ganz klar als ein für diesen Zweck

12

www.ipex.eu

nützliches Instrument wahrgenommen, das beträchtliche Möglichkeiten für den Informationsaustausch unter Zeitdruck sowie für die Koordinierung bietet. Die Plattform wurde auch von den anderen EU-Institutionen begrüßt. Insbesondere bei der Europäischen Kommission gehen direkt aus den Regionen Beiträge zum Thema Subsidiarität ein, die wertvolle Informationen enthalten, auch wenn die Verträge keine Rechtsgrundlage bieten, um sie offiziell in das Gesetzgebungsverfahren einzubinden. REGPEX kann diesbezüglich als Anlaufstelle von Interesse sein und sich auch als nützlich erweisen, um leichter Informationen zwischen nationalen und regionalen Parlamenten auszutauschen.

Der AdR wird 2013 weiter daran arbeiten, dieses Instrument auszubauen, und die regionalen Parlamente und Regierungen ermuntern, ihre Standpunkte über REGPEX auszutauschen und bekannt zu machen.

3.4 Konsultationen

Die Konsultationen wurden auch 2012 über die Webseite des Netzes für Subsidiaritätskontrolle durchgeführt. Gezielte Konsultationen werden auf Ersuchen der AdR-Berichterstatter durchgeführt, können aber seit Mai 2012 auch vom Lenkungsausschuss Subsidiarität eingeleitet werden. Zwei derartige Konsultationen fanden 2012 statt: zur Fazilität "Connecting Europe" (COM (2011) 659) auf Ersuchen des Berichterstatters Ivan Žagar (SI/EVP) vom 29. November 2011 bis 15. Januar 2012 und zu der Mitteilung der Europäischen Kommission "Konkretere Vorteile aus den Umweltmaßnahmen der EU: Schaffung von Vertrauen durch mehr Information und größere Reaktionsbereitschaft der Behörden" (COM(2012) 95) im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Stellungnahme "Auf dem Weg zum 7. Umweltaktionsprogramm: Eine bessere Umsetzung des Umweltrechts der EU" der Berichterstatteerin Nilgun Canver (UK/SPE) vom 25. Mai bis 6. Juli 2012¹³.

Darüber hinaus können die Partner des Netzes für jeden EU-Vorschlag eigene Subsidiaritätsanalysen einreichen. Diese Bewertungen werden auf die Webseite gesetzt und gegebenenfalls an den jeweiligen Berichterstatter des AdR weitergeleitet.

Die Expertengruppe Subsidiarität wurde zum ersten Mal Ende 2012 konsultiert. Diese Konsultation betraf nicht einen aktuellen EU-Vorschlag, sondern wurde auf Ersuchen von Franz Schausberger (AT/EVP) im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Initiativstellungnahme "Dezentralisierung in der Europäischen Union und der Platz der lokalen und regionalen Selbstverwaltung in der Politikgestaltung und -umsetzung der EU" durchgeführt, für die er zum Berichterstatter bestellt wurde. Sie dauerte vom 21. November 2012 bis 3. Januar 2013¹⁴.

¹³ Berichte über die Konsultation werden auf der Webseite des Netzes für Subsidiaritätskontrolle unter dem Stichwort "Activities" und dann "Consultations" www.cor.europa.eu/subsidiarity veröffentlicht.

¹⁴ Ebd.

Schließlich arbeitete der AdR im Rahmen der Vorbereitung der Folgenabschätzung für das 4. Eisenbahnpaket mit der Europäischen Kommission zusammen. Zunächst initiierte die Europäische Kommission über die Netze und Plattformen des AdR, einschließlich des Netzes für Subsidiaritätskontrolle, eine Konsultation der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften. Dann legte der AdR den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im Zeitraum vom 11. Mai 2012 bis 21. Juni 2012 seine eigenen Fragen vor. Trotz der kurzen Frist und des Konsultationszeitraums gingen elf Beiträge von Gebietskörperschaften aus sieben Mitgliedstaaten ein¹⁵. Alle Beiträge wurden der Europäischen Kommission gemeinsam mit einem Bericht über die Konsultation übermittelt.

3.5 Aktionsplan des Netzes für Subsidiaritätskontrolle

Der Aktionsplan des Netzes für Subsidiaritätskontrolle wurde 2009 als Folgemaßnahme zur 4. Subsidiaritätskonferenz gestartet. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften werden darin bestärkt, bewährte Methoden bei der Umsetzung der politischen Ziele der EU im Geiste des Subsidiaritätsgrundsatzes zu bestimmen und auszutauschen, wobei der Einbeziehung der Organisationen der Zivilgesellschaft besonderes Augenmerk gilt. Der Aktionsplan ergänzt die Arbeit des Netzes durch die Prüfung konkreter Politikbereiche der EU unter dem Blickwinkel der Subsidiarität über einen Zeitraum von einem Jahr hinweg.

2012 standen die neuen Maßnahmen zu den transeuropäischen Verkehrsnetzen im Zentrum des Aktionsplans des Netzes. Die Stadt Göteborg und die Region Västra Götaland bildeten eine Gruppe aus lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Prüfung dieses Politikbereichs unter dem Blickwinkel der Subsidiarität und der Multi-Level-Governance. Die Gruppe kam im Dezember 2011 zum ersten Mal zusammen. In der zweiten Sitzung Ende Februar 2012 fand ein Meinungsaustausch mit den Mitgliedern der AdR-Fachkommission COTER Ivan Žagar (SI/EVP), Väino Hallikmägi (EE/ALDE) und Uno Silberg (EE/AE) statt.

Die Arbeitsgruppe erstellte einen Bericht, der eine Analyse der neuen TEN-V-Maßnahmen unter den Aspekten Subsidiarität und Multi-Level-Governance sowie eine Reihe bewährter Methoden, vorgestellt von den Mitgliedern der Gruppe, umfasste. Außerdem wurden Schlussfolgerungen erarbeitet, um einen Überblick darüber zu geben, was die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften über die neuen TEN-V-Maßnahmen und ihre Auswirkungen denken. Einige der Schlussfolgerungen wurden auf einem thematischen Workshop zur Subsidiarität im Rahmen der Open Days am 10. Oktober 2012 vorgestellt. Der Workshop wurde geleitet von Michael Schneider (EVP/DE), Koordinator des Netzes für Subsidiaritätskontrolle. Redner waren Ismail Ertug (MdEP, DE/SPE), Jean-Eric Paquet (Direktor des europäischen Mobilitätsnetzes, DG MOVE), die beiden AdR-Berichterstatter zu diesem Thema, Bernard Soulage (FR/SPE) und Ivan Žagar (SI/EVP), Johan Nyhus (Stellvertretender Bürgermeister von Göteborg), Mimmi von Troil (Mitglied des Regionalrats von Västra Götaland) und Anna Livieratou als Vertreterin der Exekutivagentur für die transeuropäischen Verkehrsnetze.

¹⁵ Ebda.

Zum ersten Mal umfasste der Aktionsplan des Netzes einen direkten Austausch mit AdR-Mitgliedern und ermöglichte den Mitgliedern der Gruppe eine enge Zusammenarbeit mit den AdR-Berichterstattem.

4. Das Thema Subsidiarität in AdR-Stellungnahmen

2012 verabschiedete der AdR 71 Stellungnahmen¹⁶. 70% davon (49 Stellungnahmen) enthielten einen ausdrücklichen Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip gemäß Artikel 51 Absatz 2 der AdR-Geschäftsordnung, in 43% der Stellungnahmen wird eindeutig darauf eingegangen, inwieweit die jeweilige Initiative diesem Grundsatz gerecht wird.

Etwa die Hälfte der Stellungnahmen, die keinen Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip enthielten (22), betrafen entweder nichtlegislative Initiativen (Mitteilungen, Grünbücher oder Berichte) oder wurden auf Initiative des AdR (Initiativstimmungen) oder auf Ersuchen der Europäischen Kommission (Prospektivstimmungen) erstellt. Stellungnahmen der letztgenannten beiden Gruppen beziehen sich also nicht auf ein konkretes endgültiges Dokument. Allerdings wurden sechs der Stellungnahmen, die nicht Artikel 51 Absatz 2 der Geschäftsordnung entsprachen, zu Legislativvorschlägen in Politikbereichen verabschiedet, bei denen eine Konsultation des AdR obligatorisch ist, also zu Vorschlägen, bei denen eine Nichtigkeitsklage des AdR wegen des Verstoßes gegen das Subsidiaritätsprinzip formal zulässig wäre.

Folgende Stellungnahmen des AdR aus dem Jahr 2012 sind wegen ihrer Bedeutung unter dem Subsidiaritätsaspekt hervorzuheben. In einigen wurden Bedenken in Bezug auf die Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit geäußert oder sogar auf tatsächliche Verstöße hingewiesen: Initiativstimmung "Entwicklung einer europäischen Kultur der Multi-Level-Governance: Folgemaßnahmen zum Weißbuch des Ausschusses der Regionen" (CdR 273/2011), Stellungnahme zum Vorschlag für eine allgemeine Verordnung über die Fonds des Gemeinsamen Strategischen Rahmens (CdR 4/2012), Stellungnahme zum Vorschlag für eine Verordnung über den EFRE (CdR 5/2012), Stellungnahme zum Vorschlag für eine Verordnung über den ESF (CdR 6/2012), Stellungnahme zur Änderung der TEN-V-Leitlinien und zur Fazilität "Connecting Europe" (CdR 648/2012), Stellungnahme zum Flughafenpaket (CdR 649/2012), Stellungnahme zum 7. Umweltaktionsprogramm (CdR 1119/2012), Stellungnahme zum Maßnahmenpaket für das öffentliche Auftragswesen (CdR 99/2012), Stellungnahme zum Datenschutzpaket (CdR 625/2012) und Stellungnahme zur Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (CdR 1185/2012)¹⁷.

2012 stieg die Zahl der Stellungnahmen zu Legislativvorschlägen (42) erheblich an, was eine Fortsetzung des bereits 2011 beobachteten Trends bedeutet. Mehr als die Hälfte davon betraf Initiativen in Politikbereichen mit geteilten Zuständigkeiten, in denen eine Konsultation des AdR obligatorisch ist. Außerdem ist im Vergleich zu 2011 eine stete Zunahme der Fälle zu verzeichnen, in denen in den AdR-Stellungnahmen Bedenken im Hinblick auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips geäußert oder gar Bestimmungen in Vorschlägen ausgemacht werden, die gegen diesen Grundsatz verstoßen.

¹⁶ Siehe Anhang 2: Überblick der vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 verabschiedeten Stellungnahmen.

¹⁷ Weitere Informationen zu diesen AdR-Stellungnahmen in Anhang 3.

Wie bereits in den vergangenen Jahren festgestellt wurde, wird die Subsidiarität eindeutig zu einem Dreh- und Angelpunkt bei der Ausarbeitung von Stellungnahmen. Angesichts der neuen Vorrechte und Zuständigkeiten des AdR sollte die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips jedoch in allen Stellungnahmen zu Legislativvorschlägen in den Bereichen, in denen eine Konsultation obligatorisch ist, systematisch geprüft werden.

Die Qualität der Verweise auf die Subsidiarität in den AdR-Stellungnahmen sollte von der Kontrollfunktion des neuen Lenkungsausschusses Subsidiarität profitieren, der die Aufmerksamkeit der Berichterstatter auf mögliche Lücken lenken und Änderungsanträge einbringen kann, um die Subsidiaritätsbezüge in den Stellungnahmeentwürfen, die dem Plenum vorgelegt werden, zu verstärken. Die Mitglieder des Lenkungsausschusses haben dieses Recht einmal wahrgenommen und einen Änderungsantrag zur Stellungnahme über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (CdR 1185/2012) eingereicht, der vom Berichterstatter unterstützt wurde.

5. Fazit

Mit der Umsetzung der neuen Strategie wurde die Subsidiaritätskontrolle des AdR im Jahr 2012 deutlich verstärkt. Auf der Grundlage funktionsfähiger Überwachungsinstrumente bekräftigte der AdR seinen umfassenden Ansatz, wonach die Subsidiaritätskontrolle in der gesamten Politikgestaltung stattfinden muss. Er verstärkte seine Zusammenarbeit mit den EU-Organen, insbesondere im Rahmen des Protokolls über die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, sowie mit anderen Institutionen, die EU-Initiativen auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips prüfen, d.h. nationalen oder regionalen Parlamenten. Eine zunehmende Zahl von Stellungnahmen des AdR beinhaltet substantielle Prüfungen der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips sowie Empfehlungen für eine bessere Rechtsetzung.

Das Arbeitsprogramm Subsidiarität 2013 ist der allererste strukturierte Versuch, EU-Initiativen im Vorfeld zu prüfen. Unter der Leitung des Lenkungsausschusses Subsidiarität sowie mit Unterstützung lokaler und regionaler Subsidiaritätsexperten der entsprechenden Expertengruppe des Netzes für Subsidiaritätskontrolle wird es den AdR mit Sicherheit in die Lage versetzen, seiner Verantwortung in diesem Bereich im Interesse aller EU-Bürger besser nachzukommen.

Es wird jedoch einige Zeit brauchen, bis das neue Lenkungsgremium und die neuen Kontrollinstrumente umfassend greifen. Die 6. Subsidiaritätskonferenz mit dem deutschen Bundesrat in Berlin 2013 wird eine gute Gelegenheit zur Bewertung bieten. Europäische, nationale, regionale und lokale Institutionen werden eingeladen, gemeinsam den Status und die Auswirkungen des Subsidiaritätsprinzips auf die Rechtsetzung der EU nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon zu bewerten.

Die Veranstaltung der nächsten Subsidiaritätskonferenz in Zusammenarbeit mit dem Bundesrat und in dessen Räumen ist ein deutliches Signal. Die nationalen Parlamente und der Ausschuss der Regionen als im Vertrag anerkannte Hüter des Subsidiaritätsprinzips sollten die EU-Initiativen gemeinsam aus ihrer jeweils eigenen Perspektive bewerten. Der AdR sieht sich dieser Aufgabe verpflichtet, und auf der Konferenz werden Wege hin zu diesem Ziel geprüft werden.

*

* *

Anhang 1

Liste der Partner Das AdR-Netz für Subsidiaritätskontrolle

141 Partner zum 31. Dezember 2012

Parlamente oder Versammlungen, die Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen repräsentieren

Niederösterreichischer Landtag	Österreich
Burgenländischer Landtag	Österreich
Kärntner Landtag	Österreich
Tiroler Landtag	Österreich
Vorarlberger Landtag	Österreich
Parlament der Flämischen Region	Belgien
Parlament der Wallonischen Region	Belgien
Parlament der Region Brüssel-Hauptstadt	Belgien
Parlament der französischen Gemeinschaft	Belgien
Åländisches Regionalparlament	Finnland
Bayerischer Landtag	Deutschland
Landtag von Baden-Württemberg	Deutschland
Hessischer Landtag	Deutschland
Landtag Nordrhein-Westfalen	Deutschland
Niedersächsischer Landtag	Deutschland
Landtag von Sachsen-Anhalt	Deutschland
Landtag von Schleswig-Holstein	Deutschland
Thüringer Landtag	Deutschland
Hamburgische Bürgerschaft	Deutschland
Regionale gesetzgebende Versammlung Emilia Romagna	Italien
Regionale gesetzgebende Versammlung Marken	Italien
Regionale gesetzgebende Versammlung Sardinien	Italien
Regionale gesetzgebende Versammlung Toskana	Italien
Gesetzgebende Versammlung der autonomen Provinz Trient	Italien
Regionalparlament Friaul-Julisch Venetien	Italien
Regionalparlament Abruzzen	Italien
Regionalparlament Kalabrien	Italien
Regionalparlament Piemont	Italien
Gesetzgebende Versammlung Azoren	Portugal
Gesetzgebende Versammlung Madeira	Portugal
Gesetzgebende Versammlung Asturien	Spanien
Regionalparlament Baskenland	Spanien

Regionalversammlung Kanarische Inseln	Spanien
Regionalparlament Katalonien	Spanien
Regionalversammlung Extremadura	Spanien
Regionalparlament Galicien	Spanien
Regionalparlament Navarra	Spanien
Walisische Nationalversammlung	Vereinigtes Königreich
Parlamentarische Versammlung für Nordirland (NIA)	Vereinigtes Königreich

**Regierungen oder Exekutivorgane, die Regionen mit
Gesetzgebungsbefugnissen repräsentieren**

Niederösterreichische Landesregierung	Österreich
Wiener Stadtsenat	Österreich
Steiermärkische Landesregierung	Österreich
Vorarlberger Landesregierung	Österreich
Oberösterreichische Landesregierung	Österreich
Flämische Regierung	Belgien
Bayerische Staatsregierung	Deutschland
Hessische Landesregierung	Deutschland
Niedersächsische Landesregierung	Deutschland
Sächsische Landesregierung	Deutschland
Landesregierung Rheinland-Pfalz	Deutschland
Hamburger Senat	Deutschland
Regionalregierung Abruzzen	Italien
Provinzregierung Bozen-Südtirol	Italien
Regionalregierung Lombardei	Italien
Regionalregierung Piemont	Italien
Regionalregierung Venetien	Italien
Regionalregierung Emilia Romagna	Italien
Regionalregierung Azoren	Portugal
Regionalregierung Madeira	Portugal
Regierung Baskenland	Spanien
Regierung Kanarische Inseln	Spanien
Regionalregierung Galicien	Spanien
Regionalregierung Madeira	Spanien
Regionalregierung Valencia	Spanien
Regionalregierung Murcia	Spanien
Regionalregierung Asturien	Spanien
Schottische Regierung	Vereinigtes Königreich

**Lokale bzw. regionale Gebietskörperschaften ohne
Gesetzgebungsbefugnisse**

Stadt Sofia	Bulgarien
Stadt Zlín	Tschechische Republik
Regionalrat Auvergne	Frankreich
Stadtgemeinde Dünkirchen	Frankreich
Generalrat des Departements Eure	Frankreich
Stadt Augsburg	Deutschland
Stadtverwaltung Erlangen	Deutschland
Stadtverwaltung Patras	Griechenland
Stadt Budapest	Ungarn
Provinz Alessandria	Italien
Bezirksverwaltung Radviliškis	Litauen
Provinzregierung Flevoland	Niederlande
Twente Network City (einschließlich Almelo, Borne, Hengelo, Enschede und Oldenzaal)	Niederlande
Provinz Overijssel	Niederlande
Stadt Łódź	Polen
Marschallamt Region Łódź	Polen
Marschallamt Region Wielkopolska	Polen
Regionalparlament Pommern	Polen
Marschallamt Region Masowien	Polen
Regionalregierung Schlesien	Polen
Stadt Tavira	Portugal
Stadt Hunedoara	Rumänien
Bezirksrat Galați	Rumänien
Autonome Regionalregierung Košice	Slowakei
Selbstverwaltung Region Nitra	Slowakei
Stadt Izola	Slowenien
Provinzrat Barcelona	Spanien
Autonome Stadt Ceuta	Spanien
Stadt Madrid	Spanien
Göteborg	Schweden
Region Västra Götaland	Schweden
Regionalregierung Schonen/Skåne	Schweden

Verbände regionaler und/oder lokaler Gebietskörperschaften

Arco Latino	Europäische Vereinigung
Versammlung der Regionen Europas	Europäische Vereinigung
Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen	Europäische Vereinigung
Konferenz der europäischen regionalen gesetzgebenden Parlamente (CALRE)	Europäische Vereinigung
Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)	Europäische Vereinigung
Eurocities	Europäische Vereinigung
REGLEG	Europäische Vereinigung
Österreichische Landeshauptleutekonferenz	Österreich
Vereinigung der Gemeinden Zyperns	Zypern
Dänische Regionen	Dänemark
Dänische Kommunen	Dänemark
Verband der finnischen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften	Finnland
Verband der Bürgermeister und gewählten Vertreter des Departements Lozère	Frankreich
Konferenz der Städte im Atlantikbogen	Frankreich
Vereinigung der Regionen Frankreichs	Frankreich
Deutscher Städte- und Gemeindebund	Deutschland
Deutscher Landkreistag	Deutschland
Verband der Präfekturen Griechenlands (ENAE)	Griechenland
Italienische Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (AICCRE)	Italien
Konferenz der Präsidenten der italienischen Regionalparlamente	Italien
Union der Provinzen Italiens (UPI)	Italien
Lettischer Verband der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften	Lettland
Verband der lokalen Gebietskörperschaften Litauens	Litauen
Vereinigung der Provinzen der Niederlande (IPO)	Niederlande
Verband niederländischer Gemeinden (VNG)	Niederlande
Verband rumänischer Gemeinden	Rumänien
Verband rumänischer Städte	Rumänien
Nationalverband der Bezirksräte	Rumänien
Verband der Gemeinden der Region Aragonien	Spanien
Föderation der Provinzen und Gemeinden der Extremadura	Spanien
Verband der schwedischen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften (SALAR)	Schweden
Schottischer Verband der lokalen Gebietskörperschaften (COSLA)	Vereinigtes Königreich

Nationale Delegationen im AdR

Irische Delegation im AdR	Irland
Luxemburgische Delegation im AdR (Syvicol)	Luxemburg
Maltesische Delegation im AdR	Malta
Rumänische Delegation im AdR	Rumänien
Delegation der Vereinigten Königreichs im AdR (LGA)	Vereinigtes Königreich

Nationale Parlamente

Österreichischer Bundesrat	Österreich
Senat Frankreichs	Frankreich
Griechische Nationalversammlung	Griechenland
Senat Italiens	Italien
Versammlung der Republik, Portugal	Portugal

Anhang 2: Überblick über die zwischen 1. Januar und 31. Dezember 2012 verabschiedeten Stellungnahmen

AdR-Fachkommission	Zahl der zwischen 1. Januar und 31. Dezember 2012 verabschiedeten Stellungnahmen	Zahl der Stellungnahmen zu Legislativvorschlägen	Zahl der Stellungnahmen, die einen ausdrücklichen Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip enthalten (Artikel 51 Absatz 2)*	Zahl der Stellungnahmen, die eine Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips enthalten	Einschlägige Konsultation des Subsidiaritätskontrollnetzes	Zahl der zu einem Politikbereich mit obligatorischer Befassung des AdR verabschiedeten Stellungnahmen	
						Legislativvorschläge	Nicht-legislative Initiativen
CIVEX	12	5	10	3	1	0	0
COTER	14	10	9	6	1	10	2
ECOS	13	9	8	5	3	2	1
EDUC	10	7	10	8	0	4	2
ENVE	12	4	9	7	3	4	7
NAT	9	6	3	2	0	2	1
BUDG	1	1	0	0	0	0	0
GESAMT	71	42	49	31	8	22	13

* Artikel 51 Absatz 2 der am 10. Januar 2010 in Kraft getretenen AdR-Geschäftsordnung, in dem Folgendes festgelegt wird: "Die Stellungnahmen des Ausschusses enthalten einen ausdrücklichen Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit".

CIVEX

Überblick über die zwischen 1. Januar und 31. Dezember 2012 verabschiedeten Stellungnahmen

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativvorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich ¹⁸	Konsultation des Subsidiaritätskontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung
Initiativstellungnahme CdR 273/2011 fin (CIVEX)	16. Februar 2012	Entwicklung einer europäischen Kultur der Multi-Level-Governance: Folgemaßnahmen zum Weißbuch des Ausschusses der Regionen	Nein	Nein	Nein	nicht zutreffend ¹⁹	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit, bessere Rechtsetzung, Multi-Level-Governance)
COM(2011) 274 final vom 18. Mai 2011 COM(2011) 275 final vom 18. Mai 2011 COM(2011) 276 final vom 18. Mai 2011 CdR 197/2011 fin (CIVEX)	16. Februar 2012	Stellungnahme zum Legislativpaket über Opferrechte	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit)
COM(2011) 455 final CdR 199/2011 fin (CIVEX)	15. Februar 2012	Neue europäische Integrationsagenda	Nein	Nein	Ja ²⁰	Nein	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit, bessere Rechtsetzung, Multi-Level-Governance)

¹⁸ Während des Legislativverfahrens.

¹⁹ Die Stellungnahme ist eine Bewertung der Multi-Level-Governance in der EU, daher spielt das Subsidiaritätsprinzip hierin keine generelle Rolle, die Beurteilung seiner Einhaltung ist somit nicht relevant.

²⁰ Diese Konsultation fand zwar rein technisch gesehen nicht im Rahmen einer Folgenabschätzung statt, wurde aber mit dem Ziel durchgeführt, der Europäischen Kommission (GD HOME) einen Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Europäischen Integrationsagenda an die Hand zu geben, die zu diesem Zeitpunkt aufgestellt wurde. Der Bericht über die Konsultation wurde der Europäischen Kommission mit allen eingegangenen Beiträgen über ein Schreiben des AdR-Generalsekretärs vom 25. Mai 2011 übermittelt. Die Ergebnisse der Konsultation flossen auch in die Vorbereitung des Stellungnahmeentwurfs von Dimitrios Kalogeropoulos (EL/EVP) ein.

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativ- vorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich ¹⁸	Konsultation des Subsidiaritäts- kontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung
COM(2011) 637 final vom 13.10.2011 CdR 364/2011 fin (CIVEX)	16. Februar 2012	Für eine EU-Entwicklungspolitik mit größerer Wirkung: Agenda für den Wandel	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja (bessere Governance)
COM(2011) 666 final. CdR 365/2011 fin (CIVEX)	3. Mai 2012	Stellungnahme "Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2011- 12"	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja (Subsidiarität, Multi- Level-Governance)
COM(2011) 735 final CdR 10/2012 fin (CIVEX)	3. Mai 2012	Stellungnahme zur Familienzusammenführung (Grünbuch)	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit, Multi-Level- Governance)
COM(2011) 743 final CdR 9/2012 fin (CIVEX)	18. Juli 2012	Stellungnahme zu der Mitteilung der Kommission zum Gesamtansatz für Migration und Mobilität	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja (Subsidiarität, bessere Rechtsetzung, Multi- Level-Governance)
COM(2011) 835 final CdR 11/2012 fin (CIVEX)	18. Juli 2012	Stellungnahme zu der Mitteilung der Kommission über die verstärkte EU-interne Solidarität im Asylbereich – Eine EU-Agenda für weitergehende Teilung der Verantwortung und mehr gegenseitiges Vertrauen	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit)

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativ- vorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich ¹⁸	Konsultation des Subsidiaritäts- kontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung
COM(2011) 749 final COM(2011) 750 COM(2011) 751 COM(2011) 752 COM(2011) 753 CdR 12/2012 fin (CIVEX)	18. Juli 2012	Stellungnahme zu Finanzinstrumenten der EU im Bereich Inneres	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja (bessere Rechtsetzung, Multi-Level- Governance)
COM(2011) 758 COM(2011) 759 COM(2011) 884 CdR 13/2012 fin (CIVEX)	18. Juli 2012	Stellungnahme zu den Finanzierungsinstrumente n der EU im Bereich Justiz und Unionsbürgerschaft	Ja	Nein, bis auf Artikel 168 Absatz 4 (Maßnahmen für den Schutz der öffentlichen Gesundheit)	Nein	Ja (Einhaltung)	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit, bessere Rechtsetzung)
COM(2011) 837, 838, 839, 840, 842, 843, 844, 865 final CdR 732/2012 (CIVEX)	9. Oktober 2012	Stellungnahme zu "Europa in der Welt: Ein neues Konzept für die Finanzierung des auswärtigen Handelns der EU"	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja (Subsidiarität, bessere Rechtsetzung, Multi- Level-Governance)
COM(2011) 293, 308 final COM(2012) 85 final CdR 1269/2012 (CIVEX)	10. Oktober 2012	Stellungnahme zu dem Paket zum Schutz der legalen Wirtschaft	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja (Subsidiarität)

COTER

Überblick über die zwischen 1. Januar und 31. Dezember 2012 verabschiedeten Stellungnahmen

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativ-vorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich ²¹	Konsultation des Subsidiaritätskontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung
COM(2011) 610 final CdR 371/2011 (COTER)	15. Februar 2012	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) im Hinblick auf Präzisierungen, Vereinfachungen und Verbesserungen im Zusammenhang mit der Gründung und Verwaltung solcher Verbände	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja (bessere Rechtsetzung, Multi-Level-Governance)

²¹ Während des Legislativverfahrens.

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativ- vorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich ²¹	Konsultation des Subsidiaritäts- kontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung
COM(2011) 615 final CdR 4/2012 (COTER)	3. Mai 2012	Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung über die Fonds des Gemeinsamen Strategischen Rahmens	Ja	Ja	Nein	Ja (Nichteinhaltung)	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit, bessere Rechtsetzung, Multi-Level- Governance)
COM(2011) 614 final CdR 5/2012 (COTER)	3. Mai 2012	Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung über den EFRE	Ja	Ja	Nein	Ja (Aufforderung an die Europäische Kommission, den Verordnungsvorschlag zu überarbeiten und dabei das Subsidiaritätsprinzip und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit stärker zu berücksichtigen)	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit, bessere Rechtsetzung)
COM(2011) 607 final CdR 6/2012 (COTER)	3. Mai 2012	Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung über den Europäischen Sozialfonds	Ja	Ja	Nein	Ja (Nichteinhaltung)	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit, bessere Rechtsetzung)
COM(2011) 612 final CdR 7/2012 (COTER)	3. Mai 2012	Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung über den Kohäsionsfonds	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja (Subsidiarität, Multi- Level-Governance)

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativ- vorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich²¹	Konsultation des Subsidiaritäts- kontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung
COM(2011) 650 final CdR 8/2012 (COTER)	3. Mai 2012	Stellungnahme zur Überarbeitung des Rechtsrahmens der TEN-V	Ja	Ja	Nein	Ja (Einhaltung)	Ja (Verhältnismäßigkeit)
Prospektivsternungnahme CdR 650/2012 (COTER)	19. Juli 2012	Stellungnahme "Städte der Zukunft: ökologisch und sozial nachhaltige Städte"	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja (Multi-Level- Governance)
COM(2011) 611 final 2011/0273 (COD) CdR 647/2012 (COTER)	19. Juli 2012	Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit besonderen Bestimmungen zur Unterstützung des Ziels "Europäische territoriale Zusammenarbeit" aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja (bessere Rechtsetzung)

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativ- vorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich ²¹	Konsultation des Subsidiaritäts- kontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung
COM(2011) 665 und COM(2011) 659 final CdR 648/2012 (COTER)	19. Juli 2012	Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung der Fazilität "Connecting Europe"	Ja	Ja	Ja (gezielte Konsultation vom 29. November 2011 bis 15. Januar 2012, in der Stellungnahme erwähnt)	Ja (Einhaltung)	Ja (Subsidiarität)
COM(2011) 823 final COM(2011) 828 final COM(2011) 824 final COM(2011) 827 final CdR 649/2012 (COTER)	19. Juli 2012	Stellungnahme zum Flughafenpaket	Ja	Ja	Nein	Ja (Nichteinhaltung)	Nein
COM(2012) 128 final CdR 1272/2012 (COTER)	10. Oktober 2012	Stellungnahme zu der überarbeiteten Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja (Multi-Level- Governance)
SWD(2012) 106 final CdR 1683/2012 (COTER)	29. November 2012	Stellungnahme zum Verhaltenskodex für Partnerschaft	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit, Multi-Level- Governance)

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativ- vorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich²¹	Konsultation des Subsidiaritäts- kontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung
CdR 1684/2012 (COTER)	29. November 2012	Stellungnahme "Von der örtlichen Bevölkerung betriebene Maßnahmen zur lokalen Entwicklung"	Nein	Ja ²²	Nein	Nein	Ja (Subsidiarität)
COM(2012) 496 final CdR 2027/2012 (COTER)	29. November 2012	Stellungnahme zum Gemeinsamen strategischen Rahmen	Ja	Ja	Nein (Konsultation der Europa- 2020-Plattform)	Nein	Ja (Verhältnismäßigkeit, Multi-Level- Governance)

²²

In Bezug auf den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt: in Abhängigkeit der für künftige Legislativvorschläge jeweils gewählten Rechtsgrundlage.

ECOS

Überblick über die zwischen 1. Januar und 31. Dezember 2012 verabschiedeten Stellungnahmen

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativ-vorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich ²³	Konsultation des Subsidiaritäts-kontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung?
Initiativstellungnahme COM(2011) 594 final CdR 332/2011 (ECOS)	15. Februar 2012	Ein gemeinsames Finanztransaktionssteuersystem und Änderung der Richtlinie 2008/7/EG	Ja	Nein	Nein	Ja (Einhaltung)	Nein
Befassungsschreiben der Kommission vom 28. Oktober 2011 Prospektivstellungnahme CdR 333/2011 (ECOS)	15. Februar 2012	Kinderarmut	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein
Prospektivstellungnahme CdR 56/2012 (ECOS)	4. Mai 2012	Stellungnahme "Aktives Altern: Innovation – intelligente Gesundheit – bessere Lebensqualität"	Nein	Nein	Nein	Ja (Einhaltung)	Ja (Verhältnismäßigkeit, Multi-Level-Governance)
COM(2011) 609 final CdR 335/2011 (ECOS)	3. Mai 2012	Stellungnahme zum EU-Programm für sozialen Wandel und soziale Innovation	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein

²³

Während des Legislativverfahrens.

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativ- vorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich ²³	Konsultation des Subsidiaritäts- kontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzi- ps in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung?
Prospektivstellig- nahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den <i>Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014-2020)</i> COM(2011) 608 final CdR 334/2011 (ECOS)	3. Mai 2012	Stellungnahme zu dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014- 2020)	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja (Multi-Level- Governance)
COM(2011) 685 final COM(2011) 684 final COM(2011) 683 final COM(2011) 681 final CdR 14/2012 (ECOS)	19. Juli 2012	Stellungnahme zu dem Paket "Verantwortungs- bewusste Unternehmen"	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit, bessere Rechtsetzung, Verwaltungslasten)
COM(2011) 897 final CdR 100/2012 (ECOS)	19. Juli 2012	Stellungnahme zur Konzessionsvergabe	Ja	Nein	Ja (erste Konsultation über das Frühwarnsystem durch REGPEX)	Nein	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit, bessere Rechtsetzung)

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativ- vorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich ²³	Konsultation des Subsidiaritäts- kontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzi- ps in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung?
COM(2011) 834 final CdR 98/2012 (ECOS)	9. Oktober 2012	Stellungnahme zu dem Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen (2014- 2020)	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein
COM(2012) 55 final CdR 747/2012 (ECOS)	10. Oktober 2012	Stellungnahme zu dem Weißbuch - Eine Agenda für angemessene, sichere und nachhaltige Pensionen und Renten	Nein	Nein	Nein	Ja (Einhaltung)	Ja (Verhältnismäßigkeit)
COM(2011) 895, 892 final CdR 99/2012 (ECOS)	9. Oktober 2012	Stellungnahme zu dem Maßnahmenpaket für das öffentliche Auftragswesen	Ja	Nein	Ja (erste Konsultation über das Frühwarnsystem durch REGPEX)	Ja (Nichteinhaltung)	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit, bessere Rechtsetzung, Verwaltungslasten)
COM(2012) 209 final CdR 1528/2012 (ECOS)	29. November 2012	Stellungnahme zur Modernisierung des EU- Beihilfenrechts	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja (bessere Rechtsetzung)
COM(2012) 131 final COM(2012) 130 final CdR 1185/2012 (ECOS)	29. November 2012	Stellungnahme zur Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen	Ja	Nein ²⁴	Ja ²⁵	Ja (Nichteinhaltung)	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit)

²⁴ Folge der von der Kommission gewählten Rechtsgrundlage (Artikel 352 AEUV).

²⁵ Schreiben vom 9. Juli 2012 des Berichterstatters, in dem er die Mitglieder des Subsidiaritätskontrollnetzes aufforderte, einige Fragen zu beantworten.

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativ- vorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich²³	Konsultation des Subsidiaritäts- kontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzi- ps in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung?
COM(2012) 35 final CdR 1364/2012 (ECOS)	29. November 2012	Stellungnahme zum Statut der Europäischen Stiftung (FE)	Ja	Nein	Nein (aber Veröffent- lichung von Standpunkten in REGPEX)	Nein	Ja (Subsidiarität, bessere Rechtsetzung)

EDUC

Überblick über die zwischen 1. Januar und 31. Dezember 2012 verabschiedeten Stellungnahmen

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativvorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich ²⁶	Konsultation des Subsidiaritätskontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung?
Initiativstellungnahme CdR 191/2011 (EDUC)	15. Februar 2012	Die Zukunft der Europäischen Kulturhauptstadt	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja (Subsidiarität)
COM(2011) 567 final CdR 290/2011 (EDUC)	16. Februar 2012	Modernisierung der Hochschulbildung	Nein	Ja	Nein	Ja (Einhaltung)	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit)
COM(2011) 788 final CdR 400/2011 (EDUC)	4. Mai 2012	Stellungnahme zu Erasmus für alle – Vorschlag für eine Verordnung	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja (Subsidiarität, bessere Rechtsetzung)
COM(2011) 657 final CdR 399/2011 (EDUC)	4. Mai 2012	Stellungnahme zu transeuropäischen Telekommunikationsnetzen – Vorschlag für eine Verordnung	Ja	Ja	Nein	Ja (Einhaltung)	Ja (Verhältnismäßigkeit)
COM(2011) 785 final CdR 401/2011 (EDUC)	19. Juli 2012	Stellungnahme zu dem Programm "Kreatives Europa"	Ja	Ja	Nein	Ja (Einhaltung)	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit, bessere Rechtsetzung)
COM(2011) 809 final CdR 402/2011 (EDUC)	19. Juli 2012	Stellungnahme zu "Horizont 2020" (Rahmenprogramm für Forschung und Innovation)	Ja	Nein	Nein	Ja (Einhaltung)	Ja (Verhältnismäßigkeit, bessere Rechtsetzung)

26

Während des Legislativverfahrens.

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativ- vorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich ²⁶	Konsultation des Subsidiaritäts- kontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung?
COM(2012) 9, 10, 11 final CdR 625/2012 (EDUC)	10. Oktober 2012	Stellungnahme zum Datenschutzpaket	Ja	Nein	Nein, aber Veröffent- lichung von Standpunkten von Regional- parlamenten in REGPEX	Ja (Nichteinhaltung)	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit)
COM(2011) 877, 882 final CdR 626/2012 (EDUC)	10. Oktober 2012	Stellungnahme zu der Überarbeitung der Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors und Offene Daten	Ja	Nein	Nein, aber Veröffent- lichung von Standpunkten von Regional- parlamenten in REGPEX	Ja (Einhaltung)	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit, Multi-Level- Governance)
COM(2012) 60 final CdR 1112/2012 (EDUC)	30. November 2012	Stellungnahme "Innovation für nachhaltiges Wachstum: Eine Bioökonomie für Europa"	Nein	Nein ²⁷	Nein	Ja (Einhaltung)	Ja (Multi-Level- Governance)
COM(2012) 407 final CdR 2077/2012 (EDUC)	30. November 2012	Stellungnahme zu dem Vorschlag für einen Beschluss zur Einrichtung einer Aktion der Europäischen Union für die "Kulturhauptstädte Europas" im Zeitraum 2020 bis 2033	Ja	Ja	Nein	Ja (Einhaltung)	Nein

²⁷

In Bezug auf Forschung/Innovation, Landwirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. Obligatorische Befassung im Umweltbereich hängt von der für mögliche Legislativvorschläge gewählten Rechtsgrundlage ab.

ENVE

Überblick über die zwischen 1. Januar und 31. Dezember 2012 verabschiedeten Stellungnahmen

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativvorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich ²⁸	Konsultation des Subsidiaritätskontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung?
COM(2011) 321 final CdR 190/2011 (ENVE)	16. Februar 2012	Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Durchführung der Richtlinie über Umgebungslärm gemäß Artikel 11 der Richtlinie 2002/49/EG	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit, Multi-Level-Governance)
Befassung durch den dänischen EU-Ratsvorsitz vom 12. Januar 2012 CdR 85/2012 (ENVE)	4. Mai 2012	Stellungnahme zur Energieeffizienz in den Städten und Regionen: Unterschiede zwischen den ländlichen Gebieten und den Städten	Nein	Ja	Nein	Nein	Nein
Schreiben des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission vom 19. Juli 2011 CdR 329/2011 (ENVE)	3. Mai 2012	Prospektivstimmungnahme zur Überarbeitung der EU-Politik für Luftqualität und Emissionen	nicht zutreffend (noch nicht - die Legislativvorschläge stehen bislang noch aus)	Ja	Ja (gezielte Konsultation vom 18. Oktober bis 2. Dezember 2011, in der Stellungnahme erwähnt)	Nein	Ja (Multi-Level-Governance)

28

Während des Legislativverfahrens.

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativ- vorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich ²⁸	Konsultation des Subsidiaritäts- kontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung?
COM(2011) 874 final – 2011/0428 COD CdR 86/2012 (ENVE)	19. Juli 2012	Stellungnahme zur Aufstellung des Programms für Umwelt- und Klimapolitik (LIFE)	Ja	Ja	Ja (2011 im Rahmen einer Konsultation zur Folgenab- schätzung in der prälegislativen Phase)	Ja	Ja (Verhältnismäßigkeit, bessere Rechtsetzung, Multi-Level- Governance)
COM(2011) 658 final 2011/0300 (COD) CdR 20/2012 (ENVE)	19. Juli 2012	Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1364/2006/EG	Ja	Ja	Nein	Ja (Einhaltung)	Nein
COM(2011) 789 final CdR 87/2012 (ENVE)	19. Juli 2012	Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung über ein System für die Überwachung von Treibhausgasemissionen sowie für die Berichterstattung über diese Emissionen und über andere klimaschutzrelevante Informationen auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU	Ja	Ja	Nein	Ja (Einhaltung)	Ja (Verhältnismäßigkeit, bessere Rechtsetzung, Multi-Level- Governance)

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativ- vorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich ²⁸	Konsultation des Subsidiaritäts- kontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung?
COM(2011) 885 final – CdR 88/2012 (ENVE)	10. Oktober 2012	Stellungnahme zum Energiefahrplan 2050	Nein	Ja ²⁹	Nein	Nein	Ja (bessere Rechtsetzung, Multi- Level-Governance)
Initiativstellungnahme CdR 89/2012 (ENVE)	10. Oktober 2012	Stellungnahme zu regionalspezifischen Ansätzen zum Klimawandel in der EU am Beispiel der Berggebiete	Nein	Ja ³⁰	Nein	Nein	Ja (Subsidiarität)
Befassung durch den Ratsvorsitz CdR 1751/2012 (ENVE)	10. Oktober 2012	Stellungnahme zur Anpassung an den Klimawandel und regionale Strategien: das Beispiel der Küstenregionen	Nein	Ja ³¹	Nein	Ja (Einhaltung)	Ja (Verhältnismäßigkeit, Multi-Level- Governance)

²⁹ In Bezug auf energie- oder umweltbezogene Themen: in Abhängigkeit der für künftige Legislativvorschläge jeweils gewählten Rechtsgrundlage.

³⁰ In Bezug auf energie- oder umweltbezogene Themen: in Abhängigkeit der für künftige Legislativvorschläge jeweils gewählten Rechtsgrundlage.

³¹ In Bezug auf energie- oder umweltbezogene Themen: in Abhängigkeit der für künftige Legislativvorschläge jeweils gewählten Rechtsgrundlage.

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativ- vorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich ²⁸	Konsultation des Subsidiaritäts- kontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung?
COM(2012) 95 final CdR 1119/2012 (ENVE)	30. November 2012	Stellungnahme "Auf dem Weg zum 7. Umweltaktionsprogramm: eine bessere Umsetzung des Umweltrechts der EU"	Nein	Ja	Ja (gezielte Konsultation des Subsidiaritäts- kontrollnetzes vom 25. Mai bis 6. Juli 2012)	Ja	Ja (Subsidiarität, bessere Rechtsetzung, Multi-Level- Governance)
COM(2011) 876 final – 2011/0429 (COD) CdR 1120/2012 (ENVE)	30. November 2012	Stellungnahme zu prioritären Stoffen im Bereich der Wasserpolitik	Ja	Ja	Nein (aber Veröffent- lichung von Standpunkten in REGPEX)	Ja (Einhaltung)	Ja (Verhältnismäßigkeit)
COM(2012) 46 final CdR 1121/2012 (ENVE)	30. November 2012	Stellungnahme "Umsetzung der thematischen Strategie für den Bodenschutz"	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit, bessere Rechtsetzung, Verwaltungslast)

NAT

Überblick über die zwischen 1. Januar und 31. Dezember 2012 verabschiedeten Stellungnahmen

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativvorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich ³²	Konsultation des Subsidiaritätskontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung?
COM(2011) 709 final CdR 67/2012 (NAT)	4. Mai 2012	Stellungnahme zu "Gesundheit für Wachstum": das dritte mehrjährige EU-Aktionsprogramm im Bereich der Gesundheit für den Zeitraum 2014-2020	Ja	Ja	Nein	Ja (Einhaltung)	Ja (bessere Rechtsetzung, Verwaltungslasten)
COM(2011) 707 final CdR 66/2012 (NAT)	4. Mai 2012	Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbraucherprogramm 2014-2020	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja (bessere Rechtsetzung)

³²

Während des Legislativverfahrens.

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativ- vorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich ³²	Konsultation des Subsidiaritäts- kontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung?
COM(2011) 625 final/2, COM(2011) 626 final/2, COM(2011) 627 final/2, COM(2011) 628 final/2, COM(2011) 629 final, COM(2011) 630 final, COM(2011) 631 final CdR 65/2012 (NAT)	4. Mai 2012	Stellungnahme zu den Legislativvorschlägen für die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Politik der ländlichen Entwicklung nach 2013	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja (Subsidiarität, bessere Rechtsetzung, Multi- Level-Governance)
COM(2011) 416 final - COM(2011) 417 final - COM(2011) 418 final - COM(2011) 424 final - COM(2011) 425 final CdR 239/2011 (NAT)	4. Mai 2012	Stellungnahme zu den Legislativvorschlägen für die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja (Verhältnismäßigkeit, good Governance)
COM(2011) 934 final CdR 740/2012 (NAT)	19. Juli 2012	Stellungnahme zu einem Katastrophenschutz- verfahren der Union	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja (bessere Rechtsetzung, Multi-Level- Governance)
COM(2011) 804 final CdR 34/2012 (NAT)	9. Oktober 2012	Stellungnahme zum Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF)	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja (bessere Rechtsetzung, Multi-Level- Governance)

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativ- vorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich ³²	Konsultation des Subsidiaritäts- kontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung?
COM(2011) 782 final CdR 741/2012 (NAT)	9. Oktober 2012	Stellungnahme zur Entwicklung einer Meeresstrategie für den atlantischen Raum	Nein	Ja ³³	Nein	Nein	Ja (Multi-Level- Governance)
COM(2012) 79 final CdR 1749/2012 (NAT)	30. November 2012	Stellungnahme zur europäischen Innovationspartnerschaft "Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit"	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja (Multi-Level- Governance)
COM(2012) 225 final CdR 1750/2012 (NAT)	29. November 2012	Stellungnahme zu einer europäischen Verbraucheragenda für mehr Vertrauen und Wachstum	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja (Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit)

33

In Bezug auf den territorialen Zusammenhalt: in Abhängigkeit der für künftige Legislativvorschläge jeweils gewählten Rechtsgrundlage.

BUDG

Überblick über die zwischen 1. Januar und 31. Dezember 2012 verabschiedeten Stellungnahmen

Referenz-Dok. der Stellungnahme	Datum	Titel	Legislativ-vorschlag?	Obligatorische Befassung des AdR im betreffenden Politikbereich³⁴	Konsultation des Subsidiaritäts-kontrollnetzes	Beurteilung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Stellungnahme enthalten?	Sonstiger Hinweis auf Subsidiarität / Verhältnismäßigkeit / bessere Rechtsetzung in der Stellungnahme?
COM(2012) 42 final COM(2012) 388 final CdR 1777/2012 (BUDG)	9. Oktober 2012	Stellungnahme zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen nach 2013	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja (bessere Rechtsetzung)

³⁴

Während des Legislativverfahrens.

Anhang 3

2012 VERABSCHIEDETE WICHTIGE STELLUNGNAHMEN ZU SUBSIDIARITÄT UND VERHÄLTNISSMÄßIGKEIT

1. Initiativstellungnahme: Entwicklung einer europäischen Kultur der Multi-Level-Governance: Folgemaßnahmen zum Weißbuch des Ausschusses der Regionen

(CdR 273/2011, verabschiedet am 15. Februar 2012)

In dieser Stellungnahme bekräftigte der AdR sein in seinem am 17. Juni 2009 verabschiedeten Weißbuch zur Multi-Level-Governance³⁵ bekundetes politisches Engagement und verwies auf einige politische Grundsätze und Leitlinien, um sicherzustellen, dass sein Vorhaben einer "Partnerschaft für den Aufbau Europas" umgesetzt wird.

Insbesondere entwickelte er das Mehrebenenregieren ("Multi-Level-Governance") als Grundsatz, *"der im koordinierten Handeln der Union, der Mitgliedstaaten und der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften besteht, wobei dieses Handeln seinerseits auf dem Subsidiaritätsprinzip und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sowie dem Grundsatz der Partnerschaft beruht, der sich in einer funktionellen und institutionalisierten Zusammenarbeit konkretisiert, mit der die Politik der Europäischen Union gestaltet und umgesetzt werden soll"*. Außerdem wurde betont, dass das Subsidiaritätsprinzip und die Multi-Level-Governance nicht voneinander zu trennen sind: Ersteres beziehe sich auf die Zuständigkeiten der einzelnen Regierungs- und Verwaltungsebenen, bei Letzterem stehe der Aspekt des Zusammenspiels dieser Ebenen im Vordergrund.

In der Stellungnahme wies der AdR darauf hin, dass er die Initiative ergriffen habe, einen Multi-Level-Governance-Anzeiger auf Ebene der Europäischen Union zu erstellen, der auf jährlicher Grundlage dazu beitragen werde, die Berücksichtigung der wichtigsten Grundsätze und Mechanismen des Regierens auf mehreren Ebenen im Rahmen des EU-Politikgestaltungszyklus zu messen. Ferner hat der AdR seine EU-Charta der Multi-Level-Governance mit dem Ziel erarbeitet, ein gemeinsames, konsensbasiertes Konzept des Regierens in Europa im Wertekanon der Europäischen Union zu verankern, was zu einer stärkeren Teilhabe der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften an der Ausübung der europäischen Demokratie führen soll.

2. Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung über die Fonds des Gemeinsamen Strategischen Rahmens

(COM(2011) 615 final, CdR 4/2012, verabschiedet am 3. Mai 2012)

In der Stellungnahme begrüßte der AdR, *"dass der ESF im Rahmen der Kohäsionspolitik weiterhin als Schlüsselinstrument zur Förderung der Beschäftigung, zur Verbesserung persönlicher Kompetenzen sowie zur sozialen Eingliederung beibehalten wird"*, unterstrich jedoch, *"dass die Wahl der Investitionsprioritäten und die Aufteilung der Strukturfondsmittel auf den EFRE und den ESF im Ein-*

³⁵

Weißbuch des Ausschusses der Regionen zur Multi-Level-Governance, CdR 89/2009 fin.

klang mit dem Subsidiaritätsprinzip den zuständigen regionalen und lokalen Gebietskörperschaften obliegt".

In einer Änderung des Kommissionsvorschlags wurde daher auch Folgendes spezifiziert: *"Im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip entscheiden die Verwaltungsbehörden unabhängig darüber, welchen thematischen Zielen und Investitionsschwerpunkten die gesamte gemeinschaftliche Unterstützung zugewiesen werden soll."* In der Begründung zu der Änderung wurde erläutert, dass der AdR dem Grundsatz, wonach der Großteil der Unterstützung auf eine gewisse Anzahl von thematischen Zielen/Investitionsschwerpunkten konzentriert werden soll, zwar zustimme, jedoch der Auffassung sei, dass *"die Wahl der Ziele und der Schwerpunkte den Verwaltungsbehörden obliegen soll, und zwar auf der Grundlage einer lokalen Spezifizierung der Ziele der Europa-2020-Strategie und des Gemeinsamen Strategischen Rahmens"*.

In der Stellungnahme führte der AdR ferner aus: *"Die vorgesehene Akkreditierung von Verwaltungs- und Kontrollstellen wird abgelehnt. Die Umsetzung der Kohäsionspolitik durch die Mitgliedstaaten entspricht dem Subsidiaritätsgrundsatz in der EU. Eine Akkreditierung von staatlichen Behörden durch andere staatliche Behörden findet in einigen Mitgliedstaaten keinen Rückhalt im Verwaltungsrecht und greift in die Organisationshoheit der Mitgliedstaaten ein"*.

3. Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung über den EFRE

(COM(2011) 614 final, CdR 5/2012, verabschiedet am 3. Mai 2012)

In der Stellungnahme äußerte der AdR die Ansicht, dass *"die Verordnung in der Entwurfsfassung der Europäischen Kommission das Förderspektrum des EFRE zu stark einengt und den Mitgliedstaaten und Regionen nicht die nötigen regional- und strukturpolitischen Gestaltungsspielräume lässt, um den Vertragszielen und zugleich auch der Strategie Europa 2020 mit territorial passenden Maßnahmen gerecht zu werden"*, sowie ferner: *"Die Möglichkeiten, mit Unterstützung des EFRE integrierte territoriale Entwicklungsstrategien auf den Weg zu bringen, die den jeweiligen territorialen Stärken und Bedarfen gerecht werden und gerade dadurch einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung leisten, werden damit eingeengt"*.

Generell wurde in der Stellungnahme gefordert, dass in den laufenden Verhandlungen die Grundsätze von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit noch stärker beachtet werden sollten, *"damit es nicht zu einer zentralistischen, überregulierten und deutlich bürokratischeren EFRE-Förderung kommt"*. Die Europäische Kommission wurde aufgefordert, den Verordnungsentwurf im Dialog mit dem Rat und dem Europäischen Parlament entsprechend zu überarbeiten.

4. Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung über den Europäischen Sozialfonds

(COM(2011) 607 final, CdR 6/2012, verabschiedet am 3. Mai 2012)

In der Stellungnahme brachte der AdR seine Besorgnis zum Ausdruck, weil zahlreiche Punkte des Vorschlags der Kommission wie z.B. diejenigen in Bezug auf die thematische Konzentration, *"mit denen die Möglichkeiten der Anpassung der ESF-Maßnahmen an die Bedürfnisse und die besonderen Merkmale jeder Region eingeschränkt werden, möglicherweise nicht mit den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vereinbar"* seien.

Der AdR erinnerte daran, dass *"die Kommission nach den Verträgen zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips verpflichtet ist und dass der AdR dies mit besonderem Interesse verfolgt und dass nach Artikel 2 des Protokolls über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit bei den Anhörungen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens 'gegebenenfalls der regionalen und lokalen Bedeutung der in Betracht gezogenen Maßnahmen Rechnung zu tragen' ist; überdies enthalte Artikel 5 des Protokolls bestimmte Festlegungen hinsichtlich der Verpflichtung der Kommission zur ausreichenden Begründung ihrer Vorschläge. "Diesen Anforderungen wird der vorliegende Vorschlag der Kommission, der sich auf eher allgemeine und unbestimmte Hinweise auf die Notwendigkeit wirksamer ESF-Maßnahmen beschränkt, schwerlich gerecht"*.

Außerdem verstieß der Vorschlag nach Auffassung des AdR gegen das Subsidiaritätsprinzip, und zwar in Bezug auf das für die angestrebte thematische Konzentration gewählte Verfahren: *"begrüßt zwar die angestrebte thematische Konzentration, lehnt jedoch die Art und Weise und das Verfahren ab, die die Kommission gewählt hat, um dieses Ziel zu verwirklichen, und die in Artikel 4 Absatz 3 des Verordnungsvorschlags über den ESF beschrieben sind. Die Festlegung obligatorischer und besonders hoher Anteile für die Konzentration der verfügbaren Mittel jedes operationellen Programms, die je nach Kategorie der Region zwischen 80% und 60% liegen, auf bis zu vier der insgesamt 18 Investitionsprioritäten steht, wie bereits ausgeführt, nicht im Einklang mit den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit, da sie den besonderen Bedürfnisse und Prioritäten einer Region möglicherweise nicht entspricht"*.

5. Stellungnahmen zur Überarbeitung der TEN-V-Leitlinien und zur Fazilität "Connecting Europe"

(COM(2011) 650, COM(2011) 665 und COM(2011) 659, CdR 8/2012 und CdR 648/2012, verabschiedet am 3. Mai bzw. am 19. Juli 2012)

Diese beiden Stellungnahmen standen im Mittelpunkt des Aktionsplans des Subsidiaritätskontrollnetzes für 2012, was einen ersten direkten Austausch zwischen AdR-Berichterstattern und Mitgliedern des Netzes ermöglichte. Zudem wurde zu Jahresbeginn eine Konsultation des Subsidiaritätskontrollnetzes zur Fazilität "Connecting Europe" durchgeführt. Und schließlich nahmen die beiden AdR-Berichterstatter für diese Stellungnahmen, Bernard SOULAGE (FR/SPE) und Ivan ŽAGAR (SL/EVP), am Subsidiaritäts-Workshop im Rahmen der OPEN DAYS 2012 teil. Der AdR unterstützte beide Initiativen und verwies auf die Bedeutung der Beteiligung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften an allen Phasen der verschiedenen Verfahren.

6. Stellungnahme zum Flughafenpaket

(COM(2011) 823 final, COM(2011) 828 final, COM(2011) 824 final, COM(2011) 827 final, CdR 649/2012, verabschiedet am 19. Juli 2012)

Der AdR stellte in der Stellungnahme fest, dass verschiedene Punkte des Kommissionsvorschlags gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen.

Der AdR stimmte zu, *"dass im Rahmen des ausgewogenen Ansatzes die kosteneffizienteste Maßnahme zu wählen ist, um Lärminderungsziele zu erreichen, ist jedoch der Auffassung, dass die vorgesehene Kontrollbefugnis der Europäischen Kommission über das gemäß dem Subsidiaritätsprinzip zulässige Maß an Kompetenz für die Kommission hinausgeht. Betriebsbeschränkungen müssen unter Berücksichtigung der örtlichen Situation und lokaler Besonderheiten von den regionalen Gebietskörperschaften festgelegt werden. Eine zusätzliche Kontrollbefugnis der Europäischen Kommission ist weder erforderlich noch verhältnismäßig"*.

Daher strich der AdR Artikel 10 zu Betriebsbeschränkungen aus dem Kommissionsvorschlag, in der Erwägung, dass *"Artikel 10 in seiner derzeitigen Form die Gefahr birgt, dass regionale Mediationsvereinbarungen in Frage gestellt werden. Diese Vereinbarungen zwischen den Flughäfen, der betroffenen Region und den Bürgern werden oftmals erst nach jahrelangen schwierigen und zermürbenden Verhandlungen abgeschlossen. Der deutsche Bundesrat, der österreichische Bundesrat, der französische Senat und die Erste Kammer des niederländischen Parlaments sind zu dem Schluss gekommen, dass die Kontrollbefugnis der Europäischen Kommission in Artikel 10 gegen das Subsidiaritätsprinzip der EU verstößt"*.

Außerdem war der AdR der Ansicht, dass *"die Europäische Kommission mit dem vorgeschlagenen Recht auf die Bestimmung von 'Netzflughäfen' – wodurch sie die Mitgliedstaaten dazu auffordern kann, einzelne Flughäfen differenziert und gesondert zu behandeln – gemäß dem Subsidiaritätsprinzip ihre Befugnisse überschreitet"*.

7. Stellungnahme "Auf dem Weg zum 7. Umweltaktionsprogramm (UAP): eine bessere Umsetzung des Umweltrechts der EU"

(COM(2012) 95 – Konkretere Vorteile aus den Umweltmaßnahmen der EU: Schaffung von Vertrauen durch mehr Information und größere Reaktionsbereitschaft der Behörden (COM), CdR 1119/2012, verabschiedet am 30. November 2012)

Die Berichterstatterin für diese Stellungnahme, Nilgun CANVER (UK/SPE), konnte auf die Ergebnisse einer Konsultation des Subsidiaritätskontrollnetzes zurückgreifen, die vom 25. Mai bis 6. Juli 2012 durchgeführt wurde. In seiner Stellungnahme stellte der AdR fest, dass die Kommission in ihrer Mitteilung (COM(2012) 95) bei den hierin skizzierten Optionen nicht geprüft habe, ob diese im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip stehen. Außerdem war er der Meinung, dass die in dieser Mitteilung dargelegten Optionen *"zum gegenwärtigen Zeitpunkt lediglich als Diskussions- und Denkanstöße gedacht waren und daher dem AdR nicht für eine endgültige Meinungsbildung ausreichten, wobei viel davon abhängt, ob (und wenn ja, wie) die Europäische Kommission einige dieser Optionen weiter ausarbeite"*.

Mit diesem Vorbehalt wurde in der Stellungnahme auf die Konsultation des Subsidiaritätskontrollnetzes verwiesen, wobei darauf hingewiesen wurde, dass in den Beiträgen *"allgemein darauf aufmerksam gemacht werde, dass die in der Mitteilung enthaltenen Optionen bei vollständiger Ausgestaltung wahrscheinlich keinen Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip darstellen werden"*, jedoch betont, dass *"eine Verbesserung des bestehenden Rahmens für Inspektionen zwar unterstützt wird, dass aber innerhalb des Netzes für Subsidiaritätskontrolle die Verbindlichmachung und die Schaffung einer EU-Kontrollstelle kritisch gesehen werden könnten. Ebenso werde zwar die Festlegung von Kriterien für Beschwerdeverfahren der Mitgliedstaaten unterstützt, einige Mitglieder des Netzes für Subsidiaritätskontrolle bevorzugten diese aber in Form unverbindlicher Empfehlungen. Es bestehe offenbar Akzeptanz darüber, dass die EU die Bedingungen für einen effizienten und wirksamen Zugang zu nationalen Gerichten in Fragen des EU-Umweltrechts festlegen sollte"*.

8. Stellungnahme zu dem Maßnahmenpaket für das öffentliche Auftragswesen und Stellungnahme zur Konzessionsvergabe

(COM(2011) 895 und 896 final, CdR 99/2012, verabschiedet am 9. Oktober 2012; und COM(2011) 897 final, CdR 100/2012, verabschiedet am 19. Juli 2012)

Für diese beiden Stellungnahmen wurde zum ersten Mal eine vom AdR koordinierte Konsultation von Regionalparlamenten und -regierungen über REGPEX durchgeführt. Die Partner wurden gebeten, ihre Standpunkte während der Frühwarnphase, vom 11. Januar bis 8. März 2012, bekannt zu geben. Ein Bericht, in dem die Beiträge der zwölf Partner des Subsidiaritätskontrollnetzes analysiert und zusammengefasst wurden und in dem auf die von einzelstaatlichen Parlamenten im selben Zeitraum angenommenen begründeten Stellungnahmen verwiesen wurde, wurde erstellt und an die beiden für dieses Legislativpaket bestellten AdR-Berichterstatter weitergeleitet: Henk KOOL (NL/SPE) für die Konzessionsvergabe und Catarina SEGERSTEN-LARSSON (SE/EVP) für das öffentliche Auftragswesen.

Letztlich wurde in der Stellungnahme zur Konzessionsvergabe die generelle Aussage getroffen, dass *"dieser Vorschlag dem Grundsatz der Subsidiarität genügen muss: lokale und regionale Gebietskörperschaften müssen nach wie vor frei entscheiden können, ob sie die Bauarbeiten und Dienstleistungen selbst ausführen bzw. erbringen oder ob sie sie an Dritte vergeben"*. In der Stellungnahme zum öffentlichen Auftragswesen wurde stärkere Besorgnis zum Ausdruck gebracht. Hierin wurde darauf hingewiesen, *"dass der Vorschlag dem Recht der Mitgliedstaaten zuwiderläuft, ihre Verwaltungen selbst zu organisieren und gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt"*.

9. Stellungnahme zum Datenschutzpaket

(COM(2012) 9, 10, 11 final, CdR 625/2012, verabschiedet am 10. Oktober 2012)

In der Stellungnahme wurde die Auffassung vertreten, dass *"der Versuch, Teile des europäischen Datenschutzrechts vollständig durch den Wechsel zu einer Verordnungsregelung zu harmonisieren, im Bereich der privaten Wirtschaft mit guten Gründen zu rechtfertigen ist"*. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass gegen das Paket zur Datenschutz-Grundverordnung und die Richtlinie für Polizei und Justiz in Bezug auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und des Grundsatzes der Verhältnis-

mäßigkeit Einwände erhoben würden. Tatsächlich haben einige Regionalparlamente und -regierungen Bedenken angemeldet.

In der Stellungnahme wurde die Wahl des Rechtsinstruments für die Datenschutz-Grundverordnung in Zweifel gezogen, d.h. eine recht abstrakte Verordnung, die der Kommission auch in wesentlichen Fragen die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte erteilt. Der AdR vertrat die Ansicht, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen und die arbeitsrechtlichen Aspekte auch weiterhin in einer Richtlinie geregelt werden sollten. Zudem äußerte er Zweifel, *"ob eine Regelung auch ausschließlich innerstaatlicher Datenverarbeitungen im Rahmen des Richtlinienvorschlags für Polizei und Justiz mit den Rechtsetzungskompetenzen der Europäischen Union vereinbar sowie nach dem Prinzip der Subsidiarität und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geboten sei"*.

10. Stellungnahme zur Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen

(COM(2012) 131 final; COM(2012) 130 final; CdR 1185/2012, verabschiedet am 29. November 2012)

Diese Stellungnahme wurde verabschiedet, nachdem der Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Ausübung des Rechts auf Durchführung kollektiver Maßnahmen im Kontext der Niederlassungs- und der Dienstleistungsfreiheit ("Monti-II-Verordnung") von der Kommission als Folge des Ziehens der "gelben Karte" durch einzelstaatliche Parlamente zurückgezogen worden war. Der AdR stellte in seiner Stellungnahme jedoch fest, dass auch er die Ansicht vertrete, dass das Streikrecht ganz eindeutig nicht in den Anwendungsbereich der EU-Rechtsvorschriften falle und dass dem Vorschlag in diesem Bereich die Rechtsgrundlage fehle.

Zudem wurde in der Stellungnahme betont: Der AdR *"hätte es, wenn die Kommission ihren Verordnungsvorschlag aufrechterhalten hätte, angesichts der begründeten Stellungnahmen der nationalen Parlamente sowie der von der regionalen Ebene über den AdR zum Ausdruck gebrachten Standpunkte in Erwägung gezogen, die notwendigen Schritte einzuleiten, um nachträglich Klage gegen diesen Vorschlag wegen Verstoßes gegen das Subsidiaritätsprinzip einzulegen, sowohl mit Blick auf die gewählte Rechtsgrundlage als auch weil der zusätzliche Nutzen einer diesbezüglichen gemeinschaftlichen Maßnahme nicht ausreichend belegt wird"*. Ferner wies der AdR in der Stellungnahme darauf hin, dass er diese Frage auch weiterhin sehr aufmerksam verfolgen werde.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Referat E2 – Subsidiarität

subsidiarity@cor.europa.eu
www.cor.europa.eu/subsidiarity



EUROPÄISCHE UNION



Ausschuss der Regionen